

Wahlprüfsteine 2017

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!



Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. bringt sich auch im Wahljahr 2017 ein und fragte bei den Bundestags-Parteien ihre politischen Positionen und Konzepte ab.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 und 2013 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die FDP und AfD auf die Prüfsteine geantwortet. Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.

DIE LINKE.

Hier die Antworten von
DIE LINKE

Frage 1: Was will Ihre Partei für die innere Sicherheit in Deutschland tun?

Wir wollen eine bürgernahe Polizei. Die Polizei soll einfach zu erreichen und schnell da sein, wenn jemand Hilfe braucht. Dazu wollen wir die Polizei auch entlasten. Zum Beispiel beim Schwarzfahren. Das soll eine Ordnungswidrigkeit werden, um die sich die Polizei nicht kümmern muss. Wir wollen allen Menschen helfen, ihre Wohnung besser vor Einbruch zu schützen. Derzeit werden nur die unterstützt, die in ihrer eigenen Wohnung leben. Mieter können sich nicht einfach ein neues Fenster einbauen.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641
t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631
s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637
s.waelte@alphabetisierung.de

Wir wollen, dass sie das von ihren Vermietern einfordern können. Immer mehr Menschen kaufen sich Waffen. Wir finden, das sorgt nicht für mehr Sicherheit. Es bringt neue Gefahren. Deshalb wollen wir strengere Regeln, wer Waffen besitzen darf.

Frage 2: Was will Ihre Partei unternehmen, um uns zukünftig vor Terroranschlägen zu schützen?

Wenn jemand einen Anschlag begehen will, ist er nur noch schwer zu stoppen. Meistens ist es doch Zufall, ob die Polizei ihn rechtzeitig entdeckt. Strengere Gesetze helfen da wenig. Deshalb wollen wir mehr Geld für die Vorbeugung ausgeben. Zum Beispiel, indem es mehr Geld für Sozialarbeiter gibt. Die kümmern sich um Jugendliche, die es schwer im Leben haben. Denn diese Jugendlichen lassen sich leicht verführen, wenn ihnen jemand sagt, dass sie ihre Probleme mit Gewalt lösen können. Wir wollen, dass ihnen geholfen wird, ihre Probleme anders zu lösen.

Frage 3: Wie will Ihre Partei mit geflüchteten Menschen in Deutschland umgehen?

Wir möchten geflüchteten Menschen helfen. Sie sollen wirksamen Schutz erhalten und möglichst schnell integriert werden. Beim Erlernen der deutschen Sprache brauchen die geflüchteten Menschen Unterstützung, auch bei der Suche nach Arbeit. Das muss früh beginnen und darf niemanden ausschließen. Wenn die

Geflüchteten in eigenen Wohnungen leben können, fällt die Integration viel leichter. In großen Wohnheimen haben die Menschen keinen Platz und keine Ruhe, sie können nicht selber kochen und werden deshalb oft krank. Auch für die vielen Flüchtlingskinder sind das keine guten Lebensbedingungen. Geflüchtete Menschen sollen ohne Angst in Deutschland leben können und ein Teil der Gesellschaft werden. Wir dürfen sie nicht in Krieg, Folter und Tod zurückschicken. Die allermeisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, brauchen Schutz.

Frage 4: Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Europapolitik setzen?

DIE LINKE fordert den Neustart der EU mit neuen Politiken und Verträgen zur Lösung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise: Eine Vermögensabgabe ab einer Million Euro soll ein Investitionsprogramm für öffentliche Aufgaben und den sozialökologischen Umbau finanzieren.

Eine EU-weit koordinierte Steuer-, Struktur- und Sozialpolitik muss die wachsende Spaltung in Arm und Reich überwinden und ein soziales Fortschrittsprotokoll in den EU-Verträgen den heutigen Vorrang wirtschaftlicher Freiheiten vor sozialen Rechten umkehren. Das Demokratiedefizit der EU wächst: Nationale Parlamente verlieren zentrale Entscheidungsrechte, während das EU-Parlament schwach bleibt. Unter Einfluss von EU-Kommission und Lobbygruppen entscheidet vor allem der Rat der EU-

Regierungen über die Politik. DIE LINKE will die EU grundlegend demokratisieren - mit vollen Parlamentsrechten und echten Volksentscheiden. Den Ausbau der EU-Militärmacht und die Abschottung gegen Geflüchtete lehnt DIE LINKE ab. Nur mit einer zivilen EU-Außenpolitik und einer solidarischen Entwicklungspolitik lassen sich Konflikt- und Fluchtursachen wirksam bekämpfen.

Frage 5: Was unternimmt Ihre Partei gegen drohende Altersarmut?

Verschiedene Maßnahmen:

1. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen. Die Rente im Alter vom vorherigen Lohn abhängt. Daher muss der Lohn mindestens so hoch sein, dass Menschen, die ihr gesamtes Erwerbsleben nur Mindestlohn erhalten haben, Rente bekommen, die über der Grundsicherung im Alter liegt (zur Zeit 812 Euro im Monat). Aktuell wäre ein Stundenlohn von ca. 12 Euro brutto erforderlich, um nach 45 Jahren Arbeit im Alter nicht aufs Sozialamt gehen müssen.

2. Das klassische Normalarbeitsverhältnis (Vollzeit, unbefristet, in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung) muss wieder zum Regelfall werden. Darum setzen wir uns für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ein. Außerdem wollen wir die Leiharbeit strikt

begrenzen und schließlich abschaffen. Zudem muss jede Form der abhängigen Beschäftigung von der ersten Stunde an voll der Sozialversicherungspflicht unterliegen - auch das hilft, die Rente zu stabilisieren.

3. Anhebung des Rentenniveaus auf 53 %. Das Rentenniveau ist das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Lohn und der durchschnittlichen Rente. Um die Jahrtausendwende war es noch bei 53% und ist inzwischen auf 48,2% gesunken. Erst ab einem Rentenniveau von etwa 53% reicht die Rente aus, um den Lebensstandard auch im Alter zu halten.

4. Zeiten mit niedrigen Einkommen wollen wir in der Rente höher bewerten. Diese so genannte Rente Mindestentgeltpunkten gilt bislang nur bis 1992. Kindererziehungszeiten, Pflege und Arbeitslosigkeit müssen in der Rente besser abgesichert werden.

5. Und schließlich wollen wir eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die als Zuschlag auf vorhandenes Alterseinkommen gezahlt wird, so dass gilt: Niemand soll im Alter von weniger als 1050 Euro netto leben müssen.

Frage 6: Steuersenkungen, Investitionen, Schuldenabbau. Wofür will Ihre Partei das überschüssige Steuergeld benutzen?

DIE LINKE will die günstige Haushaltslage für mehr Investitionen nutzen. Gleichzeitig fordern wir eine Reform der Einkommensteuer

zugunsten geringer und mittlerer Einkommen. Unser Tarif der Einkommensteuer sieht eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrags (von derzeit 8.820 Euro auf 12.600 Euro pro Jahr) sowie ein Absenkung des Tarifverlaufs für mittlere Einkommen vor. Als Faustregel gilt: Wer weniger als 7.100 Euro brutto pro Monat verdient, wird entlastet. Wer mehr verdient, wird belastet. Durch die Mehrbelastung hoher Einkommen ist unsere Einkommensteuerreform insgesamt aufkommensneutral.

Frage 7: Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht. Deshalb muss jedem Menschen der Zugang zu Bildung ermöglicht werden – ein Leben lang. Niemand darf ausgegrenzt werden. Damit alle gute Chancen auf einen guten Schulabschluss haben, wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden. Das wollen wir mit einer Gemeinschaftsschule für alle erreichen. Dabei wird niemand ausgegrenzt. Verschiedenheit ist normal. Behinderung wird nicht als „Defizit“ angesehen, sondern gehört zur menschlichen Vielfalt. Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Nur wenn sie an einem Strang ziehen, können notwendige Reformen angegangen und ausreichend Geld bereitgestellt werden. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Frage 8: Trotz Mindestlohn müssen viele Familien das Gehalt aufstocken, sollte sich etwas ändern?

DIE LINKE will den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro auf 12 Euro pro Stunde erhöhen. Er muss so hoch sein, dass er vor Armut schützt und dass sich im Alter eine ausreichende Rente ergibt. Ein Mindestlohn in Höhe von 8,84 Euro ermöglicht das nicht. In vielen größeren Städten reicht er nicht, damit Alleinstehende, die Vollzeit arbeiten, ihre Miete bezahlen können. Erst recht reicht er für Alleinerziehende mit Kindern nicht aus. Man muss sein Gehalt aufstocken, um die Existenz sichern zu können. Das ist nicht hinnehmbar.

Deswegen soll der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden. Damit man nach 45 Jahren Vollzeittätigkeit eine Rente hat, die höher als die Grundsicherung im Alter ist, muss der Lohn bei mindestens 11,85 Euro liegen. Trotz Mindestlohn kann es sein, dass Menschen zu wenig verdienen, um davon angemessen leben zu können. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn jemand nur in Teilzeit arbeitet. Häufig ist die Teilzeitbeschäftigung unfreiwillig.

Deswegen setzt sich DIE LINKE für ein Recht auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag in Höhe von 22 Stunden pro Woche ein. Außerdem fordert DIE LINKE höhere Sozialleistungen. Wir streben eine Mindestsicherung an, die 1.050 Euro pro Monat beträgt. Diese Leistung sollen alle Menschen bekommen, die gar kein Einkommen haben oder deren Einkommen niedriger ist als 1.050 Euro.